



PROTOKOLL

(Gemeinde
Ostermundigen)

⇒ noch nicht genehmigt

GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2022/4

Datum/Zeit	Donnerstag, 1. September, 18:00 - 21:20 Uhr	
Ort	TELL-Saal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen	
Vorsitz	Löhrrer Sandra (Die Mitte)	1
Mitglieder	Aeschbacher Sarah (SP)	
	Balmer Kathrin (SP)	
	Falk Marcel (SP)	
	Kistler Kerstin (SP)	
	Kuert Matthias (SP)	
	Nova Colette (SP)	
	Schnider-Müller Simone (SP)	
	Selmani Emsale (SP)	
	Thomann Thulani (SP)	
	Zeyer Christian (SP)	ab 18.25 Uhr
	Zeyer Priska (SP)	11
	Friedli Hans Peter (SVP)	
	Gränicher Adrian (parteilos/SVP)	ab 18.45 Uhr
	Hausammann Hans-Rudolf (SVP)	
	Steiner Ulrich (SVP)	
	Truog Markus (SVP)	
	Zaugg Gerhard (SVP)	
	Zuber Cyrill (SVP)	
	Zysset Walter (SVP)	8
	Bähler Pia (glp)	
	Tamàs Oliver (glp)	
	Toggwiler Denis (gpl)	
	Wahli Alexander (glp)	
	Züllig von Allmen Dorothea (glp)	4
	Feller Daniela (FDP)	
	Leiser Christoph (FDP)	
	Minka II Lucien (FDP)	
	Rickenbach Rolf (FDP)	4
	Baumgartner Gerhard (EVP)	
	Wagner Martina (EVP)	
	Zürcher Myriam (EVP)	3
	Blaser Mitter Monika (Die Mitte)	ab 18.30 Uhr 1
	Mahler Niels (Grüne)	
	Tanner Adrian (Grüne)	2
	Ananiadis Jorgo (Piraten)	1
	Total anwesend	<u>36</u>

Mitglieder Gemeinderat	Iten Thomas (Gemeindepräsident; parteilos) sowie Blaser Erich (SVP), Fredrich Bettina (SP), Gasser Melanie (glp), Grasso Gerardo (FDP), Panayides Aliko (SVP) und Weber Hadorn Maya (SP)
Gemeindeschreiberin	Stuedler Barbara
Protokollführer	Kumli Jürg, Gemeindeschreiber Stv.
Entschuldigt	Mitglieder GGR: Dähler Stefanie (SP), Jordi Yves (Die Mitte) und Minka Il Sandro (glp)
Unentschuldigt	Mitglied GGR: Zivanovic Sandra (SVP)

TRAKTANDEN

135. Projekt «Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe)»; Fusionsverhandlungen; Zwischenbericht; Kenntnisnahme.....	189
136. Aufhebung Baulinien "Entlastungsstrasse"; Genehmigung	206
137. Schulraumprovisorium Dennigkofen; Kreditabrechnung.....	207
138. Gümligental; Ersatz der öffentlichen Wasser- und Abwasserleitungen sowie Erstellung von Verkehrsberuhigungsmassnahmen; Kreditabrechnung.....	209
139. Regionalkonferenz Bern-Mittelland; Kulturverträge 2024 - 2027; Vernehmlassungsantwort	210
140. Überparteiliche Motion betreffend Umwandlung von mindestens einem Naturrasenspielfeld in ein Kunstrasenspielfeld; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat	213
141. Überparteiliches Postulat betreffend Prüfung der Fördermöglichkeiten für den Ausbau der Elektromobilität; Erheblicherklärung/Ablehnung.....	216
142. Orientierungen des Gemeinderates	219

4. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 1. September 2022

- a) Überparteiliche Interpellation betreffend Plausibilisierungsfragen zur Finanzstrategie; eingereicht 28.10.2021; verspätete Beantwortung.....219
- b) Interpellation betreffend Bundesrat aktiviert Schutzstatus S für Menschen aus der Ukraine - Auswirkungen auf die Gemeinde Ostermundigen; eingereicht 5.5.2022; verspätete Beantwortung220
- c) Interpellation betreffend «FussgängerInnen/Verkehrsplanung»; eingereicht 5.5.2022; verspätete Beantwortung221
- d) Sporthalle Forelstrasse; Information über Projekt Dreifachhalle222
- 143. Dringliches Postulat A. Tanner (Grüne) betreffend biologische Pflege von Fussballfeldern; parlamentarischer Neueingang224
- e) Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates227

Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Sandra Löhner (Die Mitte): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 4. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) des Jahres 2022. Ich heisse besonders die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertretenden der Presse herzlich willkommen. Ich danke für das entgegengebrachte Interesse.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist.

Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf. Momentan sind 33 Ratsmitglieder anwesend und der Grosse Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Wir kommen zu den offiziellen Mitteilungen:

1. Martina Wagner (EVP) hat ihre Demissionen aus dem GGR per 30. September 2022 eingereicht.
2. Priska und Christian Zeyer (SP) nehmen heute Abend letztmals im GGR teil.
3. Auf den Tischen liegen auf:
 - Traktandum Nr. 139: Regionalkonferenz Bern-Mittelland: Kulturverträge 2024 - 2027; Vernehmlassungsantwort
 - GGR; Sitzungstermine 2023 (im Entwurf)
 - Flyer «Bärenstark!»; Premium Training
4. Gestützt auf Artikel 33 der GO GGR nimmt Herr Martin Buchli, Rechtsberater, als Auskunftsperson zu Traktandum Nr. 135 «Projekt KOBe» an der heutigen Sitzung teil.
5. Die nächste GGR-Sitzung findet am 27. Oktober 2022 statt.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Sandra Löhner (Die Mitte): Die folgenden Ergänzungen an der Traktandenliste sind anzubringen:

1. Das Geschäft resp. das Traktandum Nr. 136 «Aufhebung Baulinien "Entlastungsstrasse"; Genehmigung» wird vom Gemeindepräsidenten zurückgezogen.
2. Das Traktandum Nr. 142 "Orientierungen des Gemeinderates" beinhaltet Informationen zu:
 - a. Überparteiliche Interpellation betreffend Plausibilisierungsfragen zur Finanzstrategie; eingereicht 28.10.2021; verspätete Beantwortung
Sprecher: Erich Blaser
 - b. Interpellation betreffend Bundesrat aktiviert Schutzstatus S für Menschen aus der Ukraine - Auswirkungen auf die Gemeinde Ostermundigen; eingereicht 5.5.2022; verspätete Beantwortung
Sprecherin: Aliko Panayides

- c. Interpellation betreffend «FussgängerInnen/Verkehrsplanung»; eingereicht 5.5.2022; verspätete Beantwortung
Sprecherin: Bettina Fredrich
- d. Sporthalle Forelstrasse; Information über Projekt Dreifachhalle
Sprecherin: Maya Weber Hadorn

Ratspräsidentin Sandra Löhner (Die Mitte): Zur Traktandenliste liegen keine Wortmeldungen vor.

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

Axioma 3453

10.13.91 Zusammenarbeitsformen

135. Projekt «Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe)»; Fusionsverhandlungen; Zwischenbericht; Kenntnisnahme

Ratspräsidentin Sandra Löhner (Die Mitte): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich kann die Haustechnik resp. den "Visualizer" nicht in Gang bringen. Ich werde die vorbereitete Präsentation zum "Teilprojekt Personal" deshalb mündlich vortragen.

- ① Wieso sind die nachfolgenden Ausführungen nicht in der GGR-Botschaft (siehe Seite 16; Kapitel 6.2) enthalten?

Die Arbeiten resp. der neue Lösungsvorschlag "Rentenalter" konnten erst Mitte August 2023 abgeschlossen werden. Ein grober Fahrplan mit den wichtigsten Eckpunkten zur Pensionskasse resp. dem Rentenalter liegt heute vor. Die Anstellungsbedingungen der Stadt Bern sehen vor, dass die Mitarbeitenden mit 63 Jahren in Rente gehen. In der Personal- und Besoldungsordnung (PBO) der Gemeinde Ostermundigen kommt das Rentenalter erst mit 64 (Frauen) bzw. 65 (Männer) Altersjahren zur Anwendung.

Wenn bei der allfälligen Fusion Mitarbeitende 55-jährig sind, haben diese weniger Zeit, um Ansparungen vorzunehmen, da bei diesen Mitarbeitenden das Rentenkapital fehlt.

- ① Präsentation Seite 3 - Unterschiedliches Rentenalter; überarbeiteter Vorschlag (1/2)

Einlagen für den Erhalt des bisherigen Altersrentenniveaus werden im Zeitpunkt des Wechsels berechnet und fixiert, den betroffenen Versicherten über eine fixe Dauer bis zur Pensionierung in gleichen monatlichen oder jährlichen Raten gutgeschrieben.

Mitarbeitende, die vor Ablauf der Rentenzahlungen pensioniert werden, erhalten die Restgutschriften bei Pensionierung.

- ① Präsentation Seite 4 - Unterschiedliches Rentenalter; überarbeiteter Vorschlag (2/2)

Um den Bedenken bezüglich der Übergangsfrist mit reduzierter AHV-Rente zwischen Alter 63 und Alter 65 (64) Rechnung zu tragen, soll ferner in den Fusionsdokumenten festgehalten werden, dass die Mitarbeitenden von Ostermundigen auf Gesuch hin bis 65 Jahren arbeiten können.

Mitarbeitende, welche mit 63 in Pension gehen, erhalten wie die Mitarbeitenden der Stadt Bern eine AHV-Überbrückungsrente. Allfällige fehlende Beitragsjahre werden mit einer Einmaleinlage ausfinanziert.

In der Zwischenzeit wurden die Lösungen in den Grundzügen erarbeitet, dass den Mitarbeitenden von Ostermundigen zusätzliches Rentenkapital geäufnet wird (monatliche oder jährliche Auszahlung ist noch offen). Damit wird den Mitarbeitenden von Ostermundigen im 63. Altersjahr das gleiche Rentenversprechen wie den Mitarbeitenden der Stadt Bern garantiert.

Des Weiteren gibt es in Ostermundigen Mitarbeitende, welche den Wunsch haben, bis zum 64. resp. 65. Altersjahr weiterzuarbeiten. Somit muss nicht nur der 2. Säule (Pensionskassen), sondern auch der 1. Säule (AHV/ALV) Rechnung getragen werden. Auch diesbezüglich müssen noch Lösungen erarbeitet werden, dass trotz Rentenalter 63 der Stadt Bern diese Gemeindemitarbeitende bis zum 64. resp. 65. Altersjahr weiterarbeiten können. Primär sind Abfederungsrenten (AHV-Überbrückungsrenten) vorgesehen. Mit den Überbrückungsrenten werden Verluste in der 1. Säule vermieden.

Die erwähnten Ergänzungen müssen noch im Detail ausgearbeitet werden. D. h. das "Kleingedruckte" muss zuhanden der Vernehmlassung und den öffentlichen Informationsanlässe im Oktober 2022 erarbeitet werden; als dann der Grosse Gemeinderat heute Abend den Gemeinderat mit der Weiterbearbeitung der Fusion beauftragen wird.

Meine Ausführungen sind als die Ergänzungen zur GGR-Botschaft - *Seite 16; Kapitel 6.2 Auswirkungen unterschiedliches Rentenalter auf Pensionskasse und generelle Leistungsunterschiede* - zu verstehen.

Rolf Rickenbach (FDP): Die FDP.Die Liberalen-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die geführten Verhandlungen. Der Gemeinderat hat das Beste aus den Möglichkeiten herausgeholt.

Der erste eingereichte parlamentarische Vorstoss zu der Thematik «Fusion» wurde bekanntlich seitens der FDP.Die Liberalen-Fraktion am 22. Februar 2018 eingereicht, wenn gleich unser damaliges Postulat «Zusammenarbeit über die Gemeindegrenze hinaus» etwas offener verfasst war. Vor ziemlich genau zwei Jahren veröffentlichte die FDP in der "Bantiger Post" zudem einen Artikel mit dem Titel «Fusion mit der Stadt Bern als Chance». Und jetzt:

Das Ganze hat sich in der Zwischenzeit nivelliert oder die Überzeugung ist recht gedämpft.

→ Warum? - Drei Gründe:

1. Die Zitrone ist ausgepresst. Das Hauptargument des Anstosses waren die Gemeindefinanzen. Unser Hauptargument (die finanzielle Lage) hat sich dahingehend verändert, dass zwar unser eigenes strukturelles Defizit nicht aus der Welt geschafft werden konnte, aber doch einige Perspektiven einen Silberstreifen am Horizont ergeben, während die finanzielle Lage der Stadt Bern unserer Ansicht nach sich stetig verschlechtert.

Es sieht zurzeit nicht mehr dermassen rabenschwarz aus. Vielleicht können wir mit eigener Kraft der misslichen Lage entfliehen - ob mit oder ohne Steuererhöhung spielt keine Rolle.

Heute konnten in den Medien nachgelesen werden, dass in der Stadt Bern 1,395 Milliarden Franken Schulden anstehen. Im Jahre 2026 werden es knapp 1,6 Milliarden Franken Schulden sein. 2'034.70 Franken beträgt der Schuldenbetrag pro Einwohner (ab 2'000 Franken wird von kritisch gesprochen). Die finanziellen Reserven der Stadt Bern sind im Jahre 2024 bereits aufgebraucht.

→ Unser Hauptargument von damals ist zunichte.

2. Im Bericht werden die Bestandessicherheiten als positiv beschrieben. Der Gemeinderat konnte diese aushandeln. Bestandessicherheiten sind positiv im Zusammenhang mit den Verhandlungen. Diese dürfen aber im Zusammenhang mit der Fusion nicht

positiv verkauft werden. Die Bestandessicherheiten haben wir auch, auch wenn wir nicht mit der Stadt Bern fusionieren. Eigentlich müssen wir die Situation umdrehen und von unseren Stärken sprechen. Grundsätzlich müsste es ein Anliegen des Gemeinderates der Stadt Bern sein, diese Sachen zu sichern und zu übernehmen. Aber die Situation sieht anders aus. Symbolisch ausgedrückt:

→ *"Es wäre komisch, wenn der Brautvater vor der Hochzeit seine Mitgift sichern müsste."*

3. Politische Mitsprache, die gemäss Zeitung nicht verhandelbar war. Und letztendlich ist es sehr enttäuschend, dass Ostermundigen in der Übergangszeit keine stimmberechtigte Mitsprache in der Exekutive gewährt wird.

→ Die Stadt Bern hat es damit verpasst, Ostermundigen ein nachhaltiges Signal für ihre Bereitschaft zu senden, und verkrampt am Machtpoker der RGM-Mehrheit festzuhalten.

→ Fazit

Hätte das Parlament heute Abend abschliessend entscheiden müssen, ob eine Fusion stattfinden soll oder nicht, wäre die FDP.Die Liberalen-Fraktion dagegen gewesen. Zu unklar sind zurzeit aus unserer Sicht die echten Vorteile, um diesen grossen Schritt zu wagen. Da aber die effektive Entscheidung, ob eine Fusion umgesetzt werden soll oder nicht, richtigerweise dem Souverän vorbehalten ist, wäre es aus demokratiepolitischen Überlegungen nicht opportun gewesen, diesen Entscheid dem höchsten kommunalen Organ vorzuenthalten. Aus diesem - und nur aus diesem Grund - hat die FDP mehrheitlich mitgeholfen, dass die Angelegenheit jetzt finalisiert wird und voraussichtlich Ende Kalenderjahr 2023 zur Volksabstimmung kommt.

→ Ich persönlich werde der Beschlusseziffer Nr. 2 nicht entgegenstimmen. Der Entscheid "Fusion mit der Stadt Bern" muss aus demokratiepolitischen Überlegungen vor die Volksabstimmung. Das Volk soll entscheiden, ob eine Fusion richtig oder nicht richtig ist und ob die Bedenken wichtiger sind als allfällige Vorteile auf sozialer Ebene. Diesem Entscheid möchte ich nicht vorgreifen.

→ Anmerkung

Entscheidend wird sein, dass von Seiten der Gemeinde Ostermundigen wie von Seiten der Stadt Bern eine detaillierte Aufstellung der Vor- und der Nachteile erstellt wird.

→ Diese sind nicht politisch einzufärben und müssen verständlich (auch für den Bürger auf der Strasse) und greifbar verfasst werden.

→ Bemerkung zum GGR

In den letzten Tagen wurden viele E-Mails ausgetauscht und Diskussionen geführt. Ich habe dies extrem geschätzt.

→ Ich möchte euch für die Offenheit vor der Parlamentssitzung der besten Dank aussprechen.

Matthias Kuert (SP): Liebe GR-Mitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste: *Es wächst zusammen, was zusammengehört. (Willy Brandt)*

Nun ist die Katze aus dem Sack, wir wissen nach den Verhandlungen zur Aufgabenerfüllung wie sich die Fusion auf die Bevölkerung von Ostermundigen auswirken wird. Und das ist letztlich der entscheidende Punkt. Die Fakten liegen nach vielen Spekulationen heute auf dem Tisch. Wir treten damit in eine neue Phase des Fusionsprozesses.

Wir danken den beiden Gemeinderäten der Stadt und von Ostermundigen für die geführten Verhandlungen. Im Resultat zeigt sich, dass diese Verhandlungen hart, aber fair waren. Das Resultat ist ausgewogen und durchdacht. Und wir gratulieren als SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion dem Gemeinderat von Ostermundigen für das erzielte Ergebnis. Denn eines kann ich vorneweg nehmen. Das Resultat ist sehr gut für die Bevölkerung in Ostermundigen. Man kann es auf einen Nenner bringen:

→ Bessere Dienstleistungen, ein besserer Service Public für weniger Geld!

Bevor ich auf die Einzelheiten eingehe, möchte ich in Erinnerung rufen, warum wir als SP Ostermundigen die Fusion angestossen haben:

→ Ostermundigen ist städtischer Lebensraum.

Wir arbeiten in Bern, gehen in Bern in den Ausgang, wir bilden uns in Bern aus, machen vom Kulturangebot in Bern Gebrauch, gehen an den YB- und SCB-Match und an die BEA. Wenn es in der Stadt Verkehrsprobleme gibt, sind wir genauso betroffen, z. B. wenn der Bus im Stau steht. Wir kommen in den gleichen Spitälern zur Welt und werden auf den gleichen Friedhöfen begraben. Es macht Sinn, dass wir in Ostermundigen über den städtischen Lebensraum mitbestimmen können, der unseren Alltag prägt. Entscheide, die in Bern getroffen werden, betreffen uns genauso wie die Berner:innen. Die Herausforderungen werden wie in der Stadt in Zukunft noch zunehmen (Integration und Inklusion aller Bevölkerungskreise, Generationenfragen, Raumplanung, Verkehrsplanung, Sozialhilfe, Digitalisierung, alternde Gesellschaft). Es macht künftig keinen Sinn, dass wir das alles allein stemmen wollen. Wir machen die Fusion also nicht für morgen, sondern für in 10, 15, 20 Jahren.

→ Damit das zusammenwächst, was zusammengehört.

Aber bereits ab 1.1 2025 bringt eine Fusion konkrete Verbesserungen im Service public. Die Stadt Bern ist mit ihrem Dienstleistungsangebot auf Grund ihrer Möglichkeiten besser auf das städtische Leben ausgerichtet. Die Ostermundiger Bevölkerung kommt mit der Fusion ebenfalls in den Genuss dieser Dienstleistungen:

- Bessere Dotierung der Kinderbetreuungsgutscheine und breiteres Angebot an familien- und schulergänzender Betreuung
- Breitere Angebote für die Integration von Ausländer:innen (z. B. Sprachkurse, Integrationslektionen an den Schulen)
- Breiteres und professionelleres Schulärztliches und Schulzahnärztliches Angebot für die Kinder
- Umfassendere Frühförderung der Kinder, aber auch Unterstützung durch das Kompetenzzentrum Alter
- Weitere soziale Angebote wie Pinto, Gemeinwesenarbeit, greifen auch in Ostermundigen
- Standortpromotion für die Wirtschaft auch in Ostermundigen durch das städtische Wirtschaftsamt

① Vereinsunterstützung

Besonders zu würdigen gilt es, dass sich der Ostermundiger Gemeinderat für die Beibehaltung der heute vorbildlichen Vereinsunterstützung durch die Gemeinde stark gemacht hat.

Diese ist nun auch bei einer Fusion gewährleistet. Die Stadt Bern lässt sich dies etwas kosten und zeigt damit, dass sie die Bedürfnisse und Bedenken aus Ostermundigen ernst nimmt. Die SP hat sich immer dafür stark gemacht und begrüsst dies sehr.

① Stadtteilkommission

Ja, wir bekommen mit der Fusion zwar kein sechstes Ostermundiger Gemeinderatsmitglied während einer Übergangszeit. Das innovative Modell der neuen Stadtteilkommission sorgt jedoch dafür, dass für lokale Fragen eine starke Mitbestimmung vorhanden ist. Lokale Projekte und lokale Kultur können mit einem eigenen Budget unterstützt werden. Das hat Pioniercharakter und könnte auch für andere Stadtteile Schule machen. Im Gegensatz zu einem diskutierten sechsten Gemeinderatsmitglied ist dies keine Übergangslösung: Die Stadtteilkommission für Ostermundigen bleibt bestehen und ist für die ganze Stadt zukunftssträftig.

① Gemeindepersonal

Für die Gemeindeangestellten sind Bestandesgarantien und Entwicklungsperspektiven im Fusionsprozess zentral. Mit den bisher getätigten Schritten zeigen die Verhandlungspartner, dass sie sorgsam mit dem Personal umgehen wollen. Mit der Fusion ist generell von einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen auszugehen: Heute hat Ostermundigen starke Probleme, genügend Personal zu rekrutieren, der Arbeitsmarkt ist ausgetrocknet, es kommt oft zu Engpässen, Mitarbeitende sind überlastet. Mit der Fusion wird es einfacher, Personal zu rekrutieren und Engpässe zu überbrücken. Die Anstellungsbedingungen sind zudem in der Stadt Bern besser, was sie für neues Personal attraktiver macht. Das alles hat positive Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und das Dienstleistungsangebot. Das bestehende Personal bekommt zudem eine umfassende Besitzstandswahrung und neue Entwicklungsperspektiven.

① Ostermundiger Lebensraum bekommt mehr Gewicht

Die Verhandlungsmacht gegenüber externen Partnern wird grösser, so z. B. wenn es um die Verkehrsdrehscheibe am Bahnhof geht und mit SBB und BLS verhandelt werden muss. Zugleich bekommt der städtische Lebensraum gegenüber dem ländlichen Bern mehr Gewicht (z. B. bei Verkehrsprojekten und -eingaben). Das fusionierte Bern wird zur viertgrössten Stadt der Schweiz. Das ortsansässige Gewerbe bekommt mit dem Firmensitz Bern einen Imagegewinn.

Alles in allem erachtet die SP Ostermundigen das präsentierte Fusionspaket als pragmatisch und praxisorientiert. Es überzeugt, Verbesserungen werden für Ostermundigen realisiert ohne ab dem 1.1.2025 alles auf den Kopf zu stellen.

- Die örtliche Feuerwehr bleibt wichtig. Sie ergänzt die professionelle Feuerwehr, wie schon heute.
- Bei der Parkplatzbewirtschaftung bleibt in Ostermundigen nach einer Fusion das bisherige Regime der Gemeinde in Kraft.
- Die baurechtlichen Grundordnungen bleiben vorerst separat gültig, so dass Bestandssicherheit herrscht. Die Stadtplanung erfolgt aber langfristig aus einer Hand. Gebiets- und Arealentwicklungen lassen sich besser aufeinander abstimmen und optimieren. Potenziale entlang der heutigen gemeinsamen Grenzen sind einfacher als heute zu realisieren.
- Die Stromversorgung bleibt, wie sie ist. In Ostermundigen liefert nach wie vor die BKW den Strom (langfristige Verträge).

- Entsorgung und Recycling bleibt vorerst (laufende Verträge), die Zusammenführung kann aber nach und nach angestrebt werden.
- Die Beteiligung an der Musikschule Bantiger bleibt ebenfalls wie sie ist. Damit wird die dortige Weiterentwicklung mit dem neuen Musikschulgebäude nicht torpediert.

1)

① Finanzielle Vorteile überwiegen und Steuern sinken

Der heutige Steuersatz von 1,69 würde bei einem Alleingang in absehbarer Zeit gemäss Finanzplan auf 1,74 steigen. Bern hat einen Steuersatz von 1,54. Die bestehenden Grundlagen zeigen klar, dass die Fusion mit all den Vorteilen und notwendigen Startkosten mit dem Steuersatz von weiterhin 1,54 realisierbar ist. Die Fusion wird also in der Stadt nicht zu einer Steuererhöhung führen. Im Rahmen der Verhandlungen wurde ein Bekenntnis zu diesem Steuersatz abgegeben. Die Ostermundiger Steuerzahlenden können somit mit einer deutlichen Steuersenkung rechnen.

Auch wenn die genauen Finanzkennzahlen noch nicht endgültig vorliegen:

→ Mit einer Fusion hat Ostermundigen auch finanziell die besseren Karten.

Die Stadt hat ein deutlich grösseres Vermögen pro Kopf als Ostermundigen, die Steuerkraft pro Einwohner:in ist deutlich höher, die Stadt geniesst eine hohe Bonität bei den Gläubigern und kann so zu besseren Konditionen Geld aufnehmen. Insgesamt bestehen somit mit einer Fusion viele finanzielle Vorteile und generell die besseren Karten, um langfristig die erforderlichen Investitionen tätigen zu können.

→ Fazit

Die SP/Grüne Gewerkschaften-Fraktion wird den Anträgen des Gemeinderates zustimmen und ihm den Auftrag geben, die Verhandlungen abzuschliessen. Gleichzeitig erwarten wir vom Gemeinderat, nachdem er sich erfolgreich für eine gute Lösung eingesetzt hat auch, dass er nun hinsteht und sich zu den Vorteilen der Fusion bekennt. Ob Paket oder Blumenstrauss, die vorgelegte Lösung ist pragmatisch und durchdacht. Sie ist damit eine gute Grundlage für eine gelingende Fusion, **damit zusammenwächst was zusammengehört**.

2)

Simone Schnider-Müller (SP): Besten Dank dem Gemeinderat für seine geführten Verhandlungen. Ich möchte ihm ein grosses Lob aussprechen. Ich möchte betonen, dass nebst den neuen Dienstleistungen die Förderung und die Unterstützung der Vereine sehr begrüsst wird. Das Vereinsleben ist für Ostermundigen ein sehr wichtiger Bestandteil. Wir sind sehr froh, dass dieser Bestandteil weiterleben kann.

Unsere Bedenken und Forderungen wurden von der Stadt Bern ernst genommen und die Gemeinde Ostermundigen konnte sich positionieren. Wir nehmen den Zwischenbericht des Gemeinderates zur Kenntnis und befürworten die weiteren Schritte.

1) 18:25 Uhr: Christian Zeyer (SP) nimmt an der Sitzung teil. Es sind **34 Ratsmitglieder** anwesend.

2) 18:30 Uhr: Monika Blaser Mitter (Die Mitte) nimmt an der Sitzung teil. Es sind **35 Ratsmitglieder** anwesend.

Marcel Falk (SP): Ich möchte mich zur "Knacknuss" äussern:

- Neu ist, was die Stadtteilkommission bedeutet. Sie kann Wirkung entfalten.

Ich möchte gerne etwas zur politischen Vertretung sagen. In den Verhandlungen wurden die verschiedenen Modelle gründlich geprüft und die vorgeschlagene Lösung ist gut begründet. Unsere Forderung im Februar 2022 für ein vollwertiges Gemeinderatsmitglied war verhandlungstaktisch geschickt, wie nun ja auch bestätigt wurde. Heute aber müssen wir die beiden Lösungen nüchtern betrachten.

- Zuerst zum Gemeinderatsmitglied:

Ja wer hätte denn Ostermundigen vertreten können? Wie hätte die Person in den diversen Sachgeschäften denn gewusst, was Ostermundigen möchte? Und hätte diese Person nicht fast notgedrungen rasch gemäss ihrer politischen Couleur entschieden? Zudem: das Modell hätte nur acht oder gar nur vier Jahre Bestand gehabt, das ist kurz.

Neu im Vergleich zur Diskussion im Februar ist, dass heute klar ist, was die Stadtteilkommission bewirken wird. Und es ist einiges. Für uns ist dies das geforderte positive Signal seitens Bern - diese Stadtteilkommission ist potent ausgestaltet, eine Quartierkommission ++ sozusagen, einzigartig in Bern. Und wer die intensiven Diskussionen in Bern zur Ausgestaltung der Quartierpartizipation kennt, weiss, dass dies durchaus ein wesentliches Zugeständnis seitens Berns ist.

Eine Stadtteilkommission mit sechs Mitgliedern, legitimiert durch eine Wahl, kann die Position von Ostermundigen deutlich besser repräsentieren. Durch ihr Budget, ihre expliziten Aufgaben für Vereine und Kultur und die Führung durch die fusionsbeauftragte Person während einer Legislatur wird diese Kommission rasch Gewicht aufbauen können. Die fusionsbeauftragte Person kann die Positionen im Gemeinderat von Bern einbringen, wiederum legitimiert durch die Abstützung in der Stadtteilkommission. Und ganz entscheidend ist natürlich, dass die Stadtteilkommission nicht terminiert ist. Wenn sie sich bewährt, wird sie Bestand haben.

- Aus Sicht der Fraktion SP/Grüne/Gewerkschaften ist deshalb klar:

Das jetzt vorgeschlagene Modell ist mindestens gleichwertig, wenn nicht gar besser, um den Anliegen Ostermundigen im fusionierten Bern Gehör zu verschaffen.

1. Vizepräsident Hans Rudolf Hausammann (SVP): Ich möchte vorgängig eine **persönliche Erklärung** abgeben:

Vor sechs Jahren (*Anmerkung Protokollführer: Beschluss erfolgte am 23. August 2018*) haben wir hier im Tellsaal beschlossenen, mit verschiedenen umliegenden Gemeinden eine Fusion anzustreben. In der Zwischenzeit sind Ostermundigen und die Stadt Bern dem Projekt "Fusion" treu geblieben. Warum mache ich mir wegen der anstehenden Fusion Sorgen?

Wenn ich in Betracht ziehe, mit welcher Nonchalance die links/grüne Regierung der Stadt Bern die Überbauung "Viererfeld" vorantreibt, mache ich mir um das Rütibühl, sowie die verbleibenden Landwirtschaftsflächen in Ostermundigen die grössten Sorgen. Der Grüngürtel rund um Ostermundigen wurde im GGR beschlossen bzw. festgehalten. Uns steht nicht mehr viel Kulturland zur Verfügung.

1. Vizepräsident Hans Rudolf Hausammann (SVP): Die Vorgaben der SVP-Fraktion lauten wie folgt:

Die SVP-Fraktion ist mit dem vorliegenden Verhandlungsergebnis nicht zufrieden und kann so dem Gemeinderat kein grünes Licht geben, wie ihr auch in der gestrigen "Bantiger Post" lesen konntet. Nun hat aber unsere Mitgliederversammlung vorgeschlagen, dass wir noch einmal einen Versuch starten, das Verhandlungsergebnis zu verbessern, anstatt einfach "Nein" zu sagen. Wir stellen daher dem Gemeinderat den folgenden **Änderungsantrag Nr. 1:**

→ Korrigierte Beschlusseziffer Nr. 1:

Der Grosse Gemeinderat nimmt Kenntnis von der Zwischenberichterstattung der Fusionsverhandlungen. Das weitere Vorgehen ist anzupassen, wobei ein gutes Verhandlungsergebnis Priorität vor dem Zeitplan haben muss.

→ Neue Beschlusseziffer Nr. 2:

Der Gemeinderat wird mit Nachverhandlungen beauftragt unter Einbezug folgender Punkte:

- 1. Erarbeitung eines Wahlverfahrens für eine Mundiger Vertretung im Gemeinderat mit dem AGR;*
- 2. Realisierung der Reform 5 auf 7 Gemeinderatsmitglieder im Zuge der Fusion;*
- 3. Stadtteilkommisionskonzept für alle Quartiere der fusionierten Gemeinde;*
- 4. Präzisierung der finanziellen Auswirkungen*

→ Begründung

Das Verhandlungsergebnis ist mager; nicht nur aus Mundiger Sicht. Es ist wenig weitblickend. Vieles soll - wenn überhaupt - später korrigiert werden. So wird eine Aufstockung von 5 auf 7 Gemeinderäte mit Blick auf den Zeitplan auf später in Aussicht gestellt. Wieso aber diese Eile?

Wenn so grosse Gemeinden zusammen in die Zukunft gehen sollen, dann muss dies gut verhandelt sein und nicht einfach mit der Wahlguillotine begründet werden. Eine Nachverhandlung dient beiden Seiten, wenn die Fusion von einer reinen Eingemeindung weg zu etwas grossem und innovativ Neuem wird, zu einem echten Bern neu gründen, wie dies der Ursprungsgedanke in der Region war.

Die SVP-Fraktion will damit Hand bieten für eine gute, neue Lösung anstatt einem einfachen "Nein". Ich danke für Ihre Unterstützung.

Myriam Zürcher (EVP): Das Thema «Kooperation Bern-Ostermundigen» hat von uns allen wohl schon viele Minuten, gar Stunden des Nachdenkens gefordert und denjenigen, welche an der Erarbeitung der vorliegenden, klar strukturierten Botschaft beteiligt waren, sehr viele Arbeitsstunden und möglicherweise auch Überstunden beschert. Das allein würde an sich von uns verlangen, dass wir einen nächsten Schritt wagen, nämlich den, in die Vernehmlassung zu gehen.

Wie in der Botschaft erwähnt, wurde bei der letzten GGR-Sitzung im Juni 2022 eine überparteiliche Forderung an den Gemeinderat in Bern gestellt, unter anderem mit dem Ziel, eine Fusion auf Augenhöhe anzustreben. Leider wurde diese Forderung nicht erfüllt. Auch wenn mit der nun geplanten Stadtteilkommission für Ostermundigen etwas Innovatives und möglicherweise auch Handfestes geschaffen werden konnte, ist diese Ablehnung für die EVP-Fraktion und EVP-Basis dennoch ein grosser Dämpfer und ein eher arrogantes Signal aus Bern.

Auf den ersten Blick erscheint bei einer Fusion mit Bern einiges ziemlich rosig, gerade auch bei den Leistungen für jüngere Menschen. Und liest man nur Zeitung, hätte man das Gefühl, dass eine Fusion das lang ersehnte Geschenk für Ostermundigen sein müsste. Liest man aber die vorliegende Botschaft, merkt man, dass z. B. fürs Personal von Ostermundigen einiges noch nicht fertig geklärt ist. Trotzdem sollen wir jetzt über einen weiteren Schritt abstimmen. Man sagt, die Prognosen betreffend Personal wären besser, als es momentan den Anschein macht. Eine Prognose ist aber nichts Sicheres. Darauf können wir momentan nicht bauen.

Die Unsicherheiten häufen sich, auch was den Bereich «Finanzen» anbelangt. Wie wird es mit der Finanzlage in Bern weitergehen? Für Ostermundiger Ohren ist es tatsächlich immer wieder überraschend, mit welcher Leichtigkeit der Gemeinderat von Bern über die Schulden, die Defizite und allgemein die roten Zahlen von Bern sprechen kann. Dass Bern viel grösser als Ostermundigen ist und somit nicht direkt verglichen werden darf, ist klar. Dennoch wirkt diese Art von Leichtigkeit gegenüber finanziellen Hürden doch eher unangenehm.

Das einfach ein paar Punkte, um zu zeigen, dass wir so mit dem vorliegenden, bereits fortgeschrittenen Fusionsprozess nicht weiterfahren können. Die EVP-Fraktion wird deshalb den Antrag Nr. 2 der Botschaft ablehnen, mit dem Wissen, dass dies zu einer Beendigung der Fusionsabklärung beitragen kann.

Was ich im Namen der EVP Fraktion auf jeden Fall noch erwähnen will, ist Folgendes: Die Gemeinde Ostermundigen - namentlich der Gemeinderat von Ostermundigen wie auch Gemeindepräsident Thomas Iten - hat sich sehr stark eingesetzt, um gute Bedingungen für Ostermundigen auszuhandeln. Auch wenn der Fusionsprozess heute Abend in die Vernehmlassung gehen sollte und später vielleicht gar eine Fusion zustande käme, so wären die Bedingungen einigermaßen erträglich. Dafür möchten wir allen ein ganz grosses Dankeschön sagen! Solche Einsätze zeigen immer wieder, mit welchem Herzblut für ein attraktives Ostermundigen gekämpft wird.

3)

Adrian Tanner (Grüne): Wir haben erfahren, dass viele Beteiligte zumindest einen Teil ihrer Ferien an das Fusionsprojekt hergeben mussten. Das verdient Anerkennung - und auch das Resultat ist in vielen Fällen erfreulich, wie wir schon hören konnten.

In Ostermundigen gibt es einen breiten parteiübergreifenden Konsens, dass sich der Siedlungsraum nicht weiter ausdehnen soll (das haben wir gerade auch von Hansrudolf Hausamman gehört - zum Viererfeld komme ich noch). Diese Haltung dürfte abgesehen davon auch in der Stadt komfortable Mehrheiten finden. Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion freut sich daher u. a. auch darüber, dass es für O'mundo eine Bestandesgarantie geben soll, und zwar für die nächsten 15 bis 20 Jahre, wie wir informiert wurden. So haben wir die Sicherheit, dass unsere Grünräume auch in einer fusionierten Gemeinde erhalten bleiben.

3) 18:45 Uhr: Adrian Gränicher (SVP) tritt der Sitzung bei. Neu sind **36 Ratsmitglieder** anwesend.

Falls wir da etwas falsch verstanden haben sollten, möchte ich den Gemeinderat bitten, zu dieser Aussage Stellung zu nehmen, damit das im Protokoll so feststeht.

① Zum Viererfeld

Ich finde es persönlich auch nicht nötig, diese Wiese zu überbauen. Allerdings ist in dieser Hinsicht Ostermundigen nicht besser: Innerhalb vom Siedlungsgebiet wird auch in Ostermundigen überbaut, was ich persönlich bedauere. Ich werde mich nachher im Zusammenhang mit Traktandum Nr. 140 zum Kunstrasen nochmals dazu äussern.

① Zu einem anderen Punkt

Die SVP-Fraktion hat sich zum Fusionsprojekt skeptisch geäussert hat. An sie gerichtet möchte ich sagen: "Fürchtet Euch nicht!" Auch die Stadt Bern wird das Auto noch angeboten. So unterstützt der Berner Gemeinderat ebenfalls die Verbreiterung der Autobahn im Wankdorf, u. a. auf Kosten des Wäldchens auf der Grossen Allmend. Diese Unterstützung geht sogar so weit, dass ein friedliches Protestfest des "Vereins Spurwechsel" gegen dieses Projekt aus dem letzten Jahrhundert in der Nähe des Anschlusses Wankdorf nicht bewilligt wurde.

① Bern bietet uns besseren Service public bei einem tieferen Steuersatz

Matthias Kuert (SP) hat es bereits erwähnt. Die SP-Grünen-Fraktion und auch die Grünen als Partei werden sich an der Vernehmlassung und den weiteren Diskussionen beteiligen und den endgültigen Vertrag genau anschauen. Dabei werden wir auch der Situation der Angestellten besondere Aufmerksamkeit schenken, da ja in diesem Bereich die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Als Grüne behalten wir uns explizit vor, schlussendlich ein Nein zu empfehlen, auch wenn sich das nicht abzeichnet. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Oliver Tamàs (glp): Die glp-Fraktion bedankt sich vielmals für die grossen Arbeiten der Verhandlungsdelegation und für das vorliegende Verhandlungsergebnis. Speziell danken wir auch dem Gemeindepräsidenten für den grossen Einsatz für unsere Gemeinde - das wissen wir zu schätzen.

Wir beurteilen das Verhandlungsergebnis als durchwegs positiv. Für die glp-Fraktion bleibt die Fusion mit der Stadt Bern eine positive Sache, bei der die Vorteile und Chancen grösser einzuschätzen sind als die Nachteile oder Gefahren. Dies sieht übrigens auch unsere Schwesterpartei in der Stadt so. Die Verhandlungsdelegation konnte aus unserer Sicht einige sehr gute Sonderlösungen für Ostermundigen herausholen und fixieren. Uns wird nichts weggenommen – wir bleiben Ostermundigen. Im Detail möchten wir die folgenden Vorteile erwähnen, die uns besonders am Herzen lagen:

- Eine eigene Stadteilkommission mit eigenen Befugnissen und Budget
- Weiterführung von O'mundo
- Fördersystem der Vereine
- Aussicht auf tiefere Steuern

Man kann also sagen: Wir bezahlen künftig weniger, erhalten aber mehr.

Wir möchten aber nicht zu tief in die kurzfristig ausgehandelten Details gehen, sondern die Langzeitperspektive einnehmen. Eine Gemeindefusion ist ein Langzeitprojekt und viele Chancen ergeben sich erst in den kommenden 10 bis 20 Jahren. So soll nun zusammenwachsen, was schon lange zusammengehört. Unser Lebensraum erstreckt sich nach Bern. Die Verwaltung wird professioneller, der Fachkräftemangel entschärft. Zukünftige grosse Herausforderungen wie Klimakatastrophen, Wirtschaftskrisen, Pandemien oder auch Flüchtlingswellen können gemeinsam in einem grösseren Verbund besser gemeistert werden.

Versuchen wir die Fusion sachlich und momentan noch ohne allzu grosse Emotionen zu betrachten. Nutzen wir die nächsten zwei bis drei Monate, um die Unterlagen zu studieren und nachzudenken. Was bringt die Fusion den kommenden Generationen? Mit etwas Weitblick sollten wir uns überlegen, wohin die Gemeinde sich entwickeln soll. Während der kommenden Vernehmlassungsphase von Oktober bis Dezember gilt es, den Fusionsvertrag in Ruhe zu analysieren, die Vor- und Nachteile abzuwägen und schliesslich eine klare Position zu finden. Dies erwarten wir nicht nur von den Parteien, sondern ganz speziell auch vom Gemeinderat.

Die glp-Fraktion wird die Vorlage mit einer positiven und zukunftsgerichteten JA klar genehmigen. Ein Abbruch des Projektes zum jetzigen Zeitpunkt wäre ein ganz schlechtes Zeichen gegenüber der Politik, der Stadt und vor allem gegenüber unserer Bevölkerung.

Jorgo Ananiadis (Piraten): Wir stimmen heute nicht über eine Fusion ab, sondern darüber, ob der Gemeinderat die Fusionsverhandlungen abschliessen soll, die öffentliche Vernehmlassung starten soll, die Fertigstellung der Fusionsdokumente vornimmt und ob innert ca. 14 Monaten eine Volksabstimmung durchgeführt werden soll. Das bedeutet aber auch 14 weitere Monate der Unsicherheit für Personal, Bürger, Vereine und insbesondere auch Firmen oder Bauherren.

Leider ist auch nirgends deklariert, was denn die Unterschiede bei den Kosten sind, wenn wir Punkt 2 annehmen oder ablehnen. Wahrscheinlich geht es da um hunderttausende Franken, denn wir hatten mal 590'000 budgetiert. Da bleibt sicher noch etwas für die letzte Phase. Gerne kann der Gemeinderat dazu noch was sagen.

Im Antrag wird von vielen Bestandessicherheiten und Garantien gesprochen. Doch seien wir ehrlich, und das ist ja politisch auch gewollt, solche Sicherheiten können in einer anderen Legislatur und von anderen Politikern später problemlos wieder umgestossen werden. Da ist es egal ob O'mundo oder die Energiestrategie.

Sind solche Garantien für ein Quartier mit gut 10 % der zukünftigen «Gross»-stadteinwohner überlebensfähig? Ich denke eher nein.

① Und da sind noch die Finanzen

Eine mögliche Steuerersparnis von einigen hundert Franken bei guten Einkommen sind meiner Meinung nach kein Grund für eine Fusion. Doch dies scheint für die nächsten Jahre aktuell das stärkste PRO für eine Fusion. Die anderen bereits erwähnten Chancen, beispielsweise beim Sozialen oder dem Service Public, sehe ich nicht, denn wir haben in Ostermundigen einen sehr guten Service Public und sehr kurze Wege zu und in den Behörden. Dagegen spricht die sehr hohe Verschuldung von Bern. Diesen Fehlbetrag müssten wir Ostermündiger später dann auch mittragen.

Und mir fehlen heute noch die SWOT-Analysen, insbesondere weil weitere Stärken und Chancen dieser möglichen Fusion aktuell kaum erkennbar sind.

Da jedoch die Verantwortlichen guten Mutes sind, einige Detailfragen kurz vor der Klärung sind oder gerade gelöst werden und schlussendlich auch das Stimmvolk bei Vernehmlassung und Abstimmung seine Meinung äussern soll, stimmen wir Piraten, also ich, nicht gegen die Anträge.

Gerhard Baumgartner (EVP): Als Einzelsprecher habe ich noch vier Fragen an den Gemeinderat:

1. Es wird ja noch ein Mitwirkungsverfahren geben. Wer macht die Auswertung?
2. Wie werden die Ergebnisse des Mitwirkungsverfahrens in den Fusionsvertrag integriert?
3. Heute konnte man in der Presse über die finanzielle Lage und Verschuldung der Stadt Bern lesen. Wie hoch ist der Verschuldungsbetrag der Stadt Bern pro Kopf/Einwohner in der Gegenüberstellung mit Ostermundigen?
4. Wie soll der Bevölkerung klar gemacht werden, den Service public zu nutzen, wenn die ganze Verwaltung in die Stadt Bern ausgelagert wird? Gibt es ein Libero-Abo für die Ostermundiger um die entsprechende Verwaltung aufzusuchen?

Christian Zeyer (SP): Ich möchte einige Worten zu den Finanzen sagen: Die finanzielle Situation der Stadt ist schlecht und die finanzielle Situation der Gemeinde Ostermundigen gut. Ich sehe diesen Sachverhalt nicht so. Wir können den zu optimistischen Finanzplan von Ostermundigen und den Finanzplan der Stadt Bern vergleichen. Bern arbeitet seit längerer Zeit mit einem Steuerfuss von 1,54. Die Gemeinde Ostermundigen kennt einen Steuerfuss von 1,69. Was heisst das genau: Wie sieht das Steuersubstrat der beiden Gemeinden aus? Ist die finanzielle Bewirtschaftung von Bern und Ostermundigen identisch? Das Resultat ist interessant. Beide Gemeinden haben diese einigermassen im Griff. Die finanzpolitischen Reserven waren vorhanden.

Wenn Ostermundigen mit dem Steuerfuss der Stadt Bern gewirtschaftet hätte, dann wäre das letztjährige Defizit rund 5,6 Mio. Franken. D. h. mit einem Steuerfuss der Stadt Bern wäre der Finanzhaushalt der Gemeinde Ostermundigen innert drei Jahren unter den kantonalen Vorgaben und nicht mehr selbständig. Dieser Sachverhalt zeigt auf, dass die Steuerkraft zwischen Ostermundigen und Bern gross ist. Dies wirkt sich auf die Dienstleistungen aus. Die Dienstleistungen der Gemeinde Ostermundigen sind deutlich schlechter als in der Stadt Bern. Das ist die Realität.

Wenn die gleiche Rechnung nun mit der Stadt Bern vorgenommen wird, d. h. Bern wirtschaftet mit einem Steuerfuss von 1,69. Der Jahresgewinn der Stadt Bern würde 40 Mio. Franken betragen. D. h. eine grosse Menge an Reserven wäre vorhanden. Es ist die Realität: Wir sind das Armenhaus der Region Bern. Dies konnte in den letzten Jahren immer wieder festgestellt werden.

→ Wie sieht die Verschuldung aus?

Die Zunahme der Nettoverschuldung auf 888 Franken pro Person ist deutlich weniger als die knapp über 2'000 Franken der Stadt Bern.

→ Was passiert mit den im Finanzplan aufgeführten Schulden?

Die Nettoverschuldung in der Gemeinde Ostermundigen wird bis Ende 2027 auf 2'293 Franken ansteigen. Gleichzeitig wird in der Stadt Bern auch ein Anstieg auf 2'300 Franken erfolgen. Die Gemeinde Ostermundigen wird in den nächsten sechs Jahren die Verschuldung aufholen. Die Trends werden nicht einfach gebrochen. Die Verschuldung in der Gemeinde Ostermundigen wird um ein Dreifaches zunehmen. Dieser Sachverhalt zeigt klar auf, dass die Gemeinde Ostermundigen ein echtes Finanzproblem hat. Diese Transparenz wurde in den letzten Jahren von den Medien nie offengelegt. Wir haben effektiv Geld verloren und diesen Missstand haben wir kaschiert mit einer Entnahme aus den finanzpolitischen Reserven.

Wir sind momentan daran, unser finanzielles Kapital zu verbrennen - ein klassischer "Cash-Burner"! Aber die Gemeinde Ostermundigen ist kein Start-Up. Wir sind eine Organisation mit langer schlechter finanzieller Basis. Die Stadt Bern hat dies transparent dargestellt. Die Schwierigkeiten wurden offen dargestellt.

→ Warum ist es wichtig, über die Nettoverschuldung zu berichten?

Der Finanzplan der Gemeinde Ostermundigen macht einen Abschlagfaktor auf offene Investitionen. Ich habe mehrmals darauf hingewiesen, dass es sehr gefährlich ist, einen solch grossen Faktor anzuwenden. Ich habe zu diesem Thema eine Interpellation eingegeben, welche bis heute nicht beantwortet ist. Die Situation wird sich verschlechtern. Die geplanten grossen Investitionen werden vorgenommen. Damit wird die Kurve der Nettoverschuldung massiv zunehmen.

→ Fazit

Für die finanzielle Situation der Gemeinde Ostermundigen ist eine Fusion mit der Stadt Bern der einzig richtige Weg.

Emsale Selmani (SP): Heute habe ich wirklich nur lobende Worte für den Gemeinderat. Herzlichen Dank habt ihr euch so grossartig eingesetzt, um gemeinsam mit Bern die Zukunft zu gestalten. Ich bin beeindruckt, welche Vorteile die Fusion unserer Gemeinde bringt:

- Eltern in Ostermundigen erhalten dank der Fusion mehr finanzielle Unterstützung für die Fremdbetreuung.
- Ein wichtiges politisches Anliegen von mir, wird durch die Fusion auch realisiert: Nämlich die Frühförderung von Kindern aus allen Bevölkerungsschichten. Damit stellen wir nun auch in Ostermundigen endlich sicher, dass alle gleich gute Startchancen haben.
- Weiter gibt es mit der Fusion Fonds für die Wohnbaupolitik: damit ist die Entwicklung von mehr gemeinnützigem und bezahlbarem Wohnraum möglich. Also eigentlich genau das, was die EVP-Fraktion kürzlich mit ihrem Vorstoss erreichen wollte.
- Mit der Fusion gibt es auch ein breiteres Angebot für die Integration von Ausländer:innen, zum Beispiel Integrationskurse an den Schulen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fusion bringt nebst den genannten, viele weitere Vorteile für Ostermundigen. Deshalb braucht es heute ein Ja von uns. Schlussendlich liegt die Entscheidung so oder so beim Volk.

Ja, und etwas muss ich noch sagen: Für mich ist es überhaupt nicht verständlich, weshalb die SVP die Fusionsverhandlungen heute schon abbrechen möchte und nicht das Volk darüber

entscheiden lassen möchte. Ihr seid doch die Partei mit der Bezeichnung "Volkspartei": Traut ihr dem Volk so wenig zu?

Dorothea Züllig von Allmen (GLP): Ich kann mich der Vorrednerin Emsale Selmani anschliessen. Wir haben bereits viele positive und auch negative Voten zum Geschäft gehört. Mir geht es primär darum:

- Ein Appell an alle Anwesenden: Gebt euch einen Ruck!
Auch die SVP-Fraktion sollte die Situation nochmals überprüfen.

Auch ich habe beim Umzug nach Ostermundigen einen "Kulturschock" erlebt. Auch ich musste die verschiedenen Standorte mit dem Service public hoch schwanger in Erfahrung bringen.

Es ist schön in Ostermundigen und wir leben gut in Ostermundigen. Wir werden bei einem Zusammenschluss mit der Stadt Bern bestimmt nicht schlechter leben. Es gibt viele Bürgerinnen und Bürger in Ostermundigen, welche nicht nur wegen der Verwurzelung mit dem Gemeindewappen in Ostermundigen leben. Wir müssen ebenfalls an die Personen denken, welche kein Stimmrecht in unserer Gemeinde besitzen; es sind Kinder, Ausländerinnen und Ausländer, Alleinerziehende etc..

Es braucht zwingend eine Vernehmlassung und eine Auseinandersetzung zum Thema "Fusion".

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich versuche einen Teil der Fragen zu beantworten. Anschliessend benötigt der Gemeinderat für die eingereichten Antragspunkte einen kurzen Sitzungsunterbruch.

- ① Zum Votum von Dorothea Züllig von Allmen (glp)

Der Gemeinderat ist am Mundiger-Fescht mit einem "rollenden Tisch" vertreten. Stimmt der GGR dem Geschäft zu, wird ein Flyer die Bevölkerung auf die kommenden öffentlichen Informationsanlässe im Oktober 2022 aufmerksam machen.

- ① Zum Votum Christian Zeyer (SP) zur "Finanzthematik"

In der GGR-Botschaft auf der Seite 13 werden die ersten Einschätzungen zum "Teilprojekt Finanzen" wiedergegeben. Ein Entwurf des Berichts liegt vor. Er soll abgeschlossen werden.

Im letzten Abschnitt wird eine Zusammenfassung abgebildet. Die Finanzdiskussion kann nicht heute Abend geführt werden. Der harmonisierte Ertragsindex liegt in Ostermundigen bei 12 Prozent unter dem kantonalen Schnitt. In der Stadt Bern liegt er rund 30 Prozent über dem kantonalen Schnitt.

- ① Zum Votum Gerhard Baumgartner (EVP) zur Verschuldung pro Kopf

Wichtig ist die Anwendung der richtigen Datenbasis. Wir werden mit der Datenbasis, welche im TP Finanzen zur Anwendung kommt, weiterarbeiten.

① Vernehmlassung

Das weitere Vorgehen wird auf den Seiten 21 und 22 abgebildet. Kapitel 12 - Besonderes: Ab dem 21. Oktober 2022 bis 16. Dezember 2022 findet die öffentliche Mitwirkung statt. Die Unterlagen werden rechtzeitig online verfügbar gemacht. Die Rückmeldungen müssen konsolidiert werden. Diese Arbeiten werden von Profis (externe Rechtsberater) ausgeführt bzw. ausgewertet. Anschliessend wird der Gemeinderat über die weiteren Schritte entscheiden.

① Service public

Wir stellen fest: Es gibt immer weniger Leute, die auf der Verwaltung etwas abholen. Aus diesem Grund hat sich die Begleitgruppe die Frage zur Prüfung gestellt, ob die wichtigsten Dokumente nicht in der Gemeindebibliothek abgeholt werden könnten?

① Wie werden die Ergebnisse der öffentlichen Mitwirkung in die Fusionsdokumente verarbeitet?

Der Gemeinderat wird eine politische Gewichtung vornehmen. Evtl. können/müssen Nachverhandlungen vorgenommen werden (der Gemeinderat von Bern für die Anliegen der Stadt Bern und der Gemeinderat von Ostermundigen für die Anliegen der Bevölkerung von Ostermundigen).

Ich hoffe, die wichtigsten Fragen beantwortet zu haben.

Ratspräsidentin Sandra Löhner (Die Mitte): Wir nehmen einen kurzen Sitzungsunterbruch vor. Ich bitte Barbara Steudler und Herr Buchli zu mir auf das Podium zu kommen.

----- P a u s e -----

Ratspräsidentin Sandra Löhner (Die Mitte): Die Beratung im Ratsbüro hat ergeben, dass der Änderungsantrag der SVP-Fraktion wie ein "Rückweisungsantrag" zu behandeln ist.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich möchte das Inhaltliche kurz erläutern:

Welches sind die Konsequenzen für den Gemeinderat bei der Annahme des Rückweisungsantrags?

1. *Erarbeitung eines Wahlverfahrens für eine Mundiger Vertretung im Gemeinderat mit dem AGR;*

Das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR), Sektion "Gemeinden", wird zusätzliche Varianten für ein vollwertiges Exekutivmitglied austüfteln. Bereits wurden vier Varianten geprüft. Das übergeordnete Recht lässt nicht viel Handlungsspielraum zu.

2. *Realisierung der Reform 5 auf 7 Gemeinderatsmitglieder im Zuge der Fusion;*

3. *Stadtteilkommisionskonzept für alle Quartiere der fusionierten Gemeinde;*

Ziffer Nr. 2: Das zuständige Postulat zu diesem Thema wird unter der Beschlussesziffer Nr. 4 behandelt. Die Haltung des Gemeinderates hat sich nicht geändert. Ein ähnliches Postulat wurde ebenfalls aus dem Stadtrat von Bern eingereicht. Der Gemeinderat der Stadt Bern und Ostermundigen sind bereits im Frühling 2021 zu Schluss gekommen, keine weiteren Reformprojekte auszulösen. Auf der Stufe "Fusionsreglement" wird jedoch dieser Auftrag festgehalten.

Ziffer Nr. 3: Das Vorgehen ist hier ähnlich. Die Stadtteilpartizipation ist am Laufen. Das Ostermundiger-Modell wird in den Fusionsvertrag überführt.

4. *Präzisierung der finanziellen Auswirkungen*

Diesem wichtigen Thema wird Rechnung getragen. Wie bereits erwähnt, liegt zum «TP Finanzen» ein Bericht in Entwurf vor. Der Bericht soll zuhanden der Vorprüfung fertiggestellt werden. Eine Präzisierung wird vorgenommen.

In der Pause haben Christian Zeyer (SP) und ich über Zahlen gesprochen. Er hat in seinen Überlegungen die Zahlen aus der Jahresrechnung 2021 von Bern und Ostermundigen verwendet.

→ Der Gemeinderat erbittet das Parlament um Ablehnung des Rückweisungsantrages.

Ratspräsidentin Sandra Löhner (Die Mitte): Besten Dank Thomas Iten für die Ausführungen. Das **Abstimmungsprozedere** sieht wie folgt aus:

Zuerst stimmen wir über den Rückweisungsantrag (Änderungsantrag Nr. 1) der SVP-Fraktion ab. Je nach Abstimmungsergebnis wird über den gemeinderätlichen Antrag abgestimmt oder nur noch über die Beschlussesziffern Nr. 3 und 4.

→ Seit Ihr mit dem dargelegten Abstimmungsprozedere einverstanden?

Ich verlese den **Rückweisungsantrag** der SVP-Fraktion:

→ Korrigierte Beschlusseziffer Nr. 1:

Der Grosse Gemeinderat nimmt Kenntnis von der Zwischenberichterstattung der Fusionsverhandlungen. Das weitere Vorgehen ist anzupassen, wobei ein gutes Verhandlungsergebnis Priorität vor dem Zeitplan haben muss.

→ Neue Beschlusseziffer Nr. 2:

Der Gemeinderat wird mit Nachverhandlungen beauftragt unter Einbezug folgender Punkte:

- 1. Erarbeitung eines Wahlverfahrens für eine Mundiger Vertretung im Gemeinderat mit dem AGR;*
- 2. Realisierung der Reform 5 auf 7 Gemeinderatsmitglieder im Zuge der Fusion;*
- 3. Stadtteilkommmissionskonzept für alle Quartiere der fusionierten Gemeinde;*
- 4. Präzisierung der finanziellen Auswirkungen*

A b s t i m m u n g

Der Rückweisungsantrag (ehemals Änderungsantrag Nr. 1) der SVP-Fraktion wird mit 25 zu 8 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsidentin Sandra Löhler (Die Mitte): Nun haben wir über den gemeinderätlichen Antrag zu entscheiden. Die Abstimmung wird pro Beschlussepunkt vorgenommen. Ich verlese den Beschluss.

B e s c h l u s s

1. Der Grosse Gemeinderat nimmt Kenntnis von der Zwischenberichterstattung der Fusionsverhandlungen und dem weiteren Vorgehen.
(mit 28 zu 0 Stimmen angenommen)
2. Der Gemeinderat wird mit dem Abschluss der Fusionsverhandlungen (Finalisierung der Fusionsdokumente zu Handen der öffentlichen Vernehmlassung) beauftragt.
(mit 22 zu 12 Stimmen angenommen)
3. Die dringliche überparteiliche Motion «KOBe Ostermundigen Bern - vollwertige Vertretung während einer Übergangszeit von 4 bis 8 Jahren» wird als erledigt abgeschrieben.
(mit 25 zu 6 Stimmen angenommen)
4. Das dringliche Postulat SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion «Vor dem Hintergrund der Bestrebungen, den Berner Gemeinderat parallel zur Fusion auf 7 Mitglieder aufzustocken» wird als erledigt abgeschrieben.
(mit 26 zu 5 Stimmen angenommen)

Axioma 3647

10.22.0.01 Baurechtliche Grundordnung «Oberfeld»

136. Aufhebung Baulinien "Entlastungsstrasse"; Genehmigung

Ratspräsidentin Sandra Löhner (Die Mitte): Das Geschäft wurde vom Gemeindepräsidenten zurückgezogen.

Axioma 3805

30.4.24 Schulhaus Dennigkofen

137. Schulraumprovisorium Dennigkofen; Kreditabrechnung

Ratspräsidentin Sandra Löhner (Die Mitte): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Martina Wagner (EVP): Die EVP-Fraktion nimmt die vorliegende Kreditabrechnung zur Kenntnis. Wir sind befremdet über den grossen Unterschied «Kostenvoranschlag/Abrechnung». Zwei Punkte sind uns besonders aufgefallen:

1. BKP 25 - Sanitäranlagen (14'000 / 21'162) und
2. BKP 27 - Ausbau 1 Schliessanlage (2'500 / 10'036)

Wir sind froh um eine kurze Erklärung der grossen Preisdifferenzen.

Walter Zysset (SVP): Es ist erfreulich, eine solche Schlussabrechnung zu erhalten. Ist das Ganze wirklich so schön - oder wurde der Kostenvoranschlag zu hoch angesetzt? Wie dem auch sei: Wir von der SVP-Fraktion werden der vorliegenden Kreditabrechnung zustimmen und danken für das gute Resultat.

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP): Ich präsentiere ebenfalls gerne gute Resultate. Martina Wagner (EVP) hat zwei Fragen gestellt zu:

- Sanitäranlagen
- Schliessanlagen

Wieso so grosse Kostenunterschiede? Die Beantwortung möchte ich an den Abteilungsleiter Hochbau weiter delegieren.

Abteilungsleiter Hochbau Peter Müller: Das Schulraumprovisorium ist kein normales Bauvorhaben. Wir haben einen fixfertigen Schulraumcontainer erworben.

- Zu den Schliessanlagen kann ich erwähnen: Die Schliessanlage war nicht dermassen im Detail geplant. Im Kostenvoranschlag konnte nicht alles beigebracht werden.
- Zu den Sanitäranlagen: Auch die Sanitäranlagen waren nicht im Detail bekannt und konnten erst im Nachhinein definitiv bestückt werden.

Wir sind zufrieden, dass die Container als Schulraumprovisorium Dennigkofen so günstig bzw. deutlich unter dem Kostenvoranschlag erstellt werden konnten.

Ratspräsidentin Sandra Löhner (Die Mitte): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 35 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Von der Kreditabrechnung «Schulraumprovisorium Dennigkofen» abschliessend mit einer Kostensumme von CHF 1'459'318.58 (inkl. MWSt.) wird Kenntnis genommen.

Axioma 2893

42.2.43	Leitungsnetz; Hauptleitungen, Unterhalt
42.2.45	Leitungsnetz; Anschlussleitungen, Unterhalt
42.3.43	Abwasseranlagen; Öffentlich, Unterhalt
42.3.44	Abwasseranlagen; Private (Gesuche, Bewilligungen)
40.8.12	Sanierung Strassenentwässerung (Schächte + Leitungen)
40.1.15	Verkehrsberuhigung, Wohnstrassen, Allgemeines

138. Gümligental; Ersatz der öffentlichen Wasser- und Abwasserleitungen sowie Erstellung von Verkehrsberuhigungsmassnahmen; Kreditabrechnung

Ratspräsidentin Sandra Löhler (Die Mitte): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Adrian Gränicher (SVP): Sehr erfreulich: Minderkosten von 20 % durch das Prüfen der Ausgaben auch während der Ausführung (Nutzen der bestehenden Infrastruktur).

Aber unerfreulich (wie erwähnt auf Seite 4 der GGR-Botschaft) sind die hohen Geometerkosten: Kredit CHF 15'000 / Abrechnung: rund CHF 29'000 (fast doppelt so hoch).

- Warum sind die Vermessungsarbeiten nicht projektbezogen ausgeschrieben worden?
- Oder in die Ingenieur-Submission integrieren?
- Braucht es wirklich immer den (teuren) Geometer für das Einmessen der Leitungen?

Erlaubt mir noch einen Hinweis: Der Leitungskataster ist nicht gleich der amtlichen Vermessung. Jedes Werk kann selbst bestimmen, wer den Leitungskataster führt (Verträge Ostermundigen). Die Feldaufnahmen müssen nicht zwingend vom Datenbewirtschafter ausgeführt werden, u. a. deshalb gibt es genormte Datenaustausch-Schnittstellen.

Ratspräsidentin Sandra Löhler (Die Mitte): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 35 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Von der Kreditabrechnung über «Ersatz der öffentlichen Wasser- und Abwasserleitungen» sowie «Erstellung von Verkehrsberuhigungsmassnahmen im Gümligental» abschliessend mit der Kostensumme von CHF 2'148'254.70 (inkl. MWSt.) wird Kenntnis genommen.

----- 20-minütige Pause -----

Axioma 6788

15.3.12 Beiträge an kulturelle Institutionen der Stadt Bern

139. Regionalkonferenz Bern-Mittelland; Kulturverträge 2024 - 2027; Vernehmlassungsantwort

Ratspräsidentin Sandra Löhner (Die Mitte): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Gerardo Grasso (FDP): Als Gemeinderat für Kultur habe ich oft das Gefühl, dass wir nicht wirklich viel für Kultur in unserer Gemeinde ausgeben. Das ist an und für sich richtig. Wenn wir aber die Beiträge an Kulturinstitutionen aus der Region anschauen, sieht das Bild ganz anders aus: Es sind über CHF 400'000 pro Jahr. Das ist happig.

Zuständig für die Auswahl der Kulturinstitutionen sind die Kommission Kultur der Regionalkonferenz sowie der Regierungsrat. Dieser Prozess ist abgeschlossen.

Der Finanzierungsschlüssel wurde in diesem Rat vor vier Jahren behandelt. Er bleibt unverändert. Wichtig ist bei diesem Schlüssel, dass die Solidarität im Vordergrund steht, und nicht die tatsächliche Nutzung. Konkret ist nicht berücksichtigt, wie viele Ostermundiger:innen das Kulturangebot tatsächlich auch nutzen.

Im Vergleich zur Vorperiode sinken die Gesamtausgaben. Somit sinkt auch der Pro-Kopf-Beitrag. Da wir aber in Ostermundigen ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum haben, steigt der Totalbeitrag.

Sie haben eine Tischaufgabe erhalten. Der Gesamtbetrag war nicht ganz korrekt (Differenz: CHF 74.00) aufgeführt, da wir mit dem gerundeten Pro-Kopf-Beitrag gerechnet haben.

Wie bereits erwähnt, sind für diese Vorlage primär die Kommission Kultur der Regionalkonferenz und der Regierungsrat zuständig. Warum kommt dieses Geschäft trotzdem in unser Parlament? Gemäss Artikel 153 kant. Gemeindegesetz müssen die Gemeinden zu wichtigen Vorhaben (und das ist ein wichtiges Vorhaben) konsultiert werden. Es geht hier also ausschliesslich um eine Vernehmlassung, welche der Kommission Kultur eingereicht wird.

Die Förderung der regional bedeutenden Kulturinstitutionen ist eine Gemeinschaftsaufgabe der ganzen Region. Die Rückmeldungen der einzelnen Gemeinden, also auch von Ostermundigen, sind wichtig für die Finalisierung der Vorlage und für die zukünftige Entwicklung.

Myriam Zürcher (EVP): Eine Gesellschaft ohne Kultur ist wie ein Laden, der seine Türen schliessen muss.

Ich persönlich schätze das vielfältige Angebot im Bereich Kultur in unserer Region immer wieder. Es soll auch weiterhin dem Volk zugänglich bleiben und noch zugänglicher werden. Denn auch heute können sich viele Menschen Kultur nicht leisten.

Im Sinne der Regionalität hat unsere Fraktion noch eine Frage:

- Warum wurde der Vertrag mit dem Reberhaus Bolligen nicht wieder erneuert?

Es scheint uns, als wären die Verträge mit Kulturvereinen eher Bern-lastig.

Die EVP-Fraktion wird trotzdem sowohl der Beitragshöhe wie auch dem Finanzierungsschlüssel zustimmen. Es kann auf vieles verzichtet werden, Kultur darf jedoch nicht fehlen.

Ulrich Steiner (SVP): Die SVP-Fraktion ist mit der Erneuerung der Kulturverträge 2024 - 2027 einverstanden. Sie stimmt der Beitragshöhe und dem Finanzierungsschlüssel zu. Für die SVP ist der Erhalt und die Förderung eines vielfältigen Kulturangebots in unserer Region wichtig.

Der Beitrag von rund CHF 443'300 (pro Jahr! alles Steuerfranken) ist kein Pappenstiel. Wenn mit diesem Geld aber tatsächlich der Erhalt eines *vielfältigen* Kulturangebots gesichert werden kann, dann ist es die Investition wert.

Allerdings treibt uns/mich eine Sorge um. Wir alle sind gegenwärtig Zeugen einer vorsätzlichen Zerstörung der Vielfalt kulturellen Bereich. Da wird mit einem unglaublichen Furor der Vorschlaghammer namens «Kulturelle Aneignung» geschwungen und der Kultursektor richtiggehend zerschlagen. Was militanten und völlig intoleranten selbsternannten «Kulturwächtern» nicht passt, wird «gecancelled». Das ist kultureller Rassismus in Reinkultur.

Kultur lebt doch geradezu von «kultureller Aneignung»! Wer diesen Begriff umdeutet und damit ein fruchtbares und breites Kulturleben mutwillig zerstört, hat von Kultur nichts begriffen. Statt Vielfalt im Kulturangebot droht eine Verbotskultur, drohen Meinungs- und Gesinnungsterror, was an die dunkelsten Zeiten des letzten Jahrhunderts erinnert.

Sollen die hellhäutigen Schweizer nur noch Örgeli spielen dürfen? Darf Philipp Fankhauser noch öffentlich Blues spielen? Und was ist mit einem Gospelchor aus der Region, dem mehrheitlich hellhäutige Menschen angehören? Darf kein Künstler mehr auftreten, der gegen irgendwelchen «woken» Unsinn verstösst? usw.!

Wir erwarten, dass der Gemeinderat von Ostermundigen zusammen mit der regionalen Kulturkonferenz und den - mit unserem Geld - geförderten kulturellen Institutionen klar und unmissverständlich gegen diese «Cancel-Culture» Stellung bezieht. Den Veranstaltern muss von der Politik her der Rücken gestärkt werden, damit sie nicht mehr beim leisesten Unwohlsein eines Anwesenden einknicken.

Programmfreiheit, Gesinnungs- und Meinungsfreiheit müssen auch im kulturellen Bereich gewährleistet bleiben und - wenn nötig - gegenüber jeglichem kulturellen Rassismus verteidigt werden. Sonst sind die CHF 443'300 Fördergeld für die Förderung der regionalen Kulturszene letztendlich zum Fenster hinaus geworfenes Geld.

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Gerardo Grasso (FDP): Ich möchte die Frage von Myriam Zürcher (EVP) zum Reberhaus resp. der Auswahl der Kulturorganisationen beantworten:

Die Kommission erhält Vorschläge von den Gemeinden aus der Region. Sie trifft anschliessend eine Auswahl. Das Reberhaus ist in der Rangliste zurückgefallen. Der Zuschlag wurde anderen Kulturorganisationen zugesprochen.

Ratspräsidentin Sandra Löhner (Die Mitte): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir stimmen in Globo über beide Beschlussesziffern ab.

→ Seid Ihr mit dem Vorgehen einverstanden?

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 35 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Die Antwort zur Frage „Stimmen Sie den Beitragshöhen für die Kulturinstitutionen von mindestens regionaler Bedeutung für die Vertragsperiode 2024 - 2027 zu?“ lautet: Ja, allen.
2. Die Antwort zur Frage: «Sind Sie mit dem Finanzierungsschlüssel 2024 - 2027 einverstanden (vgl. Kapitel 5)?» lautet: Ja.

Axioma 8417

10.3.72 Motionen

140. Überparteiliche Motion betreffend Umwandlung von mindestens einem Naturrasenspielfeld in ein Kunstrasenspielfeld; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsidentin Sandra Löhner (Die Mitte): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Zuerst darf sich der Erstunterzeichner zur Berichterstattung äussern.

Denis Toggwiler (glp): Ich habe Freude an der Antwort des Gemeinderates. Ich habe Freude als FCO-Mitglied. Ich habe Freude als Vater von Fussballern. Ich habe Freude als Einwohner von Ostermundigen.

Die Schleusen am Himmel öffnen sich, die Fussball- und Schulhausrasenplätze werden innert Minuten überflutet und der gesamte Trainingsbetrieb des FC Ostermundigen wird kurzerhand lahmgelegt. So geschehen am vergangenen Freitagabend. Um nicht noch grösseren Schaden anzurichten, können die Naturrasenplätze in solchen Situationen nicht mehr bespielt werden. Mit einem Kunstrasen kann dieser Umstand deutlich entschärft werden.

Unsere überparteiliche Motion hat in der Gemeinde offene Türen eingerannt. Ein Vorschlag zum Zeitplan wurde ebenfalls bereits erstellt. Der entspricht zwar nicht unseren Forderungen, macht aber aus unserer Sicht durchaus Sinn.

Danke dem Gemeinderat für seine Arbeit und Danke für die Annahme des Antrags.

Martina Wagner (EVP): Die EVP-Fraktion wird dem gemeinderätlichen Antrag zustimmen. Wir sehen es als sinnvoll an, die Anliegen der Motionäre zu unterstützen. Wichtig ist, dass ein neuer Kunstrasen mit Granulat eingebaut wird. Dem Gemeinderat danken wir für den nachvollziehbaren Zeitplan.

Kerstin Kistler (SP): Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion ist erfreut über die Stellungnahme des Gemeinderates.

Wie in der Agenda/Umsetzungsvorgang vermerkt, ist eine Inbetriebnahme per März 2024 vorgesehen. Dies jedoch nur unter der Voraussetzung, dass die nötigen personellen und finanziellen Ressourcen vorhanden sind. Wir hoffen alle sehr, dass dieser Kunstrasen eine hohe Akzeptanz hat und alles dafür getan wird, damit die Agenda eingehalten und im Frühling 2024 in Betrieb genommen werden kann.

Der FCO ist ein grosser Verein, wie wir in der Begründung/Frage lesen können. Er hat mit dem Weggang des "San Siro" noch weniger Trainingsmöglichkeiten. Das führt dazu, dass die übrigen Plätze noch mehr beansprucht werden. Wenn wetterbedingt nicht trainiert werden kann, ist die Stimmung in verschiedenen Haushalten von Ostermundigen nicht immer so toll. Da kann ich aus eigener Erfahrung sprechen.

Der FCO hat eine wichtige Stellung innerhalb von unserer Gemeinde und hilft mit bei der Integration, weil beim FCO alle willkommen sind: ob Jung oder Alt; Mädchen oder Knaben, Schweizer oder Ausländer.

Der Kunstrasen braucht weniger Dünger und Pestizide, was doch positiv ist. Zusätzlich können wir den Kunstrasen auch anderweitig einsetzen. Er ist nicht nur zum Fussballspielen da. Aus diesem Grund bitte ich euch, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, die überparteiliche Motion erheblich zu erklären. Den Gemeinderat bitte ich dafür besorgt zu sein, dass die Agenda eingehalten wird.

Adrian Tanner (Grüne): Der FCO spielt in Sachen «Integration» eine wichtige Rolle - das verdient Anerkennung. Auch weil dabei Woche für Woche sehr viel ehrenamtliche Arbeit geleistet wird.

Unsere Fraktion ist froh, dass die Variante «Kunstrasen mit Granulat» vom Tisch ist.

Was jetzt folgt, sage ich nicht im Namen der Fraktion, sondern der Grünen.

- Warum braucht der FCO zusätzliche Trainingskapazitäten?

Die Gemeinde hat sich einer Wachstumsstrategie verschrieben. So ist die Bevölkerung in den letzten Jahren gewachsen, und damit auch die Anzahl Kinder und Jugendlicher, die Fussball spielen wollen. Diese Zunahme ist verständlich.

Allerdings soll ein existierendes Spielfeld der notwendigen Tramwendeschleife geopfert werden, obwohl ein Standort an der Verzweigung Bernstrasse/Rütiweg denkbar gewesen wäre; oder auch Zweirichtungstrams.

Auch das Gelände des «San Siros», das ebenfalls für Fussball genutzt wurde, soll überbaut werden, wenn dort nicht noch eine keltische Siedlung oder etwas Ähnliches gefunden wird.

Mittelfristig ist angedacht, den ganzen Fussballbetrieb auf die sogenannte «Dritte Allmend» zu verlegen.

Ich habe vorhin den Beitrag von O'mundo an den Schutz der Grünflächen am Siedlungsrand hervorgehoben. Hier hätten wir ein negatives Gegenbeispiel, soweit mir bekannt, ist es das Einzige.

Wir finden, es geht nicht an, dass bei all diesen Überlegungen und Entscheiden - die Erhöhung der Steuereinnahmen, ÖV-Planung, Sport, Integration - die Umwelt immer den Kürzeren ziehen und als Manövriermasse dienen soll.

Gemäss einer Studie aus den USA erwärmen sich Kunstrasen ausserdem viel stärker.

In Anerkennung der Tatsache, dass auch Naturrasenflächen keine Biodiversitätseuphorie auslösen, reiche ich daher folgende **Änderungsanträge** ein.

1. *Im Wortlaut wird das Wort «mindestens» gestrichen.*
2. *Die verbleibenden (Naturrasen-)Felder werden nach biologischen Grundsätzen bewirtschaftet.*

Ich habe Beispiele aus Basel und Luzern zum Vergleich herbeigezogen.

Adrian Gränicher (SVP): Als begeisterter Fussballer bin ich der Auffassung, dass die Formulierung "*mindestens* ein Kunstrasenspielfeld" beibehalten werden soll. Wenn es die Witterungsverhältnisse nicht zulassen, müssen immer zuerst die kleinen Junioren das Training ausfallen lassen. Auch mit einem Kunstrasenspielfeld werden wir bei Regenwetter nicht genügend Trainingsmöglichkeiten zur Verfügung haben.

Denis Toggwiler (glp): Ich kann die Änderung des Wortlautes bzw. die Streichung von "mindestens" nicht akzeptieren. Wenn es die finanziellen Ressourcen der Gemeinde gestattet hätten, hätten zwei Kunstrasenplätze erstellt werden müssen. Die biologische Bewirtschaftung des Kunstrasenplatzes ist sinnvoll und sollte geprüft werden.

Christian Zeyer (SP): Die Abänderung im Sinne eines Postulates hätte vorgängig mit dem Erstunterzeichner besprochen werden müssen. Der Änderungsantrag liegt vor und sollte von der glp-Fraktion unterstützt werden.

Rolf Rickenbach (FDP): Die FDP, Die Liberalen-Fraktion wird die überparteiliche Motion voll und ganz unterstützen. Der Änderungsantrag kann geprüft und in einem Postulat eingegeben werden.

Adrian Tanner (Grüne): Ich konnte die rechtlichen Grundlagen nicht nachlesen. Ich akzeptiere den Willen des Erstunterzeichners, den Wortlaut nicht zu ändern. Ich werde ein dringliches Postulat eingeben.

Ratspräsidentin Sandra Löhner (Die Mitte): In der GO GGR Art. 53 ist erwähnt, dass Motionen und Postulate bis zur Erheblicherklärung nur von den Erstunterzeichnenden vorgenommen werden können.

Denis Toggwiler (glp): Ich bin bereit, eine Prüfung in Form eines Postulates vorzunehmen. Der vorliegende Wortlaut der Motion ist jedoch nicht zu ändern.

Ratspräsidentin Sandra Löhner (Die Mitte): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 32 zu 2 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Motion betreffend Umwandlung von mindestens einem Naturrasenspielfeld in ein Kunstrasenspielfeld wird erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.

Axioma 7888

10.3.73 Postulate

141. Überparteiliches Postulat betreffend Prüfung der Fördermöglichkeiten für den Ausbau der Elektromobilität; Erheblich-erklärung/Ablehnung

Ratspräsidentin Sandra Löhner (Die Mitte): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Zuerst darf sich der Erstunterzeichner zur Berichterstattung äussern.

Christian Zeyer (SP): Besten Dank für die umfassende Stellungnahme des Gemeinderates. Ich hoffe, es geht so weiter und dass das Geschäft im Dezember im GGR beraten werden kann.

Adrian Tanner (Grüne): Der Vorstoss möchte die Elektromobilität fördern. Das ist insofern sinnvoll, als Elektroautos tatsächlich weniger umweltschädlich sind als Verbrenner. Es braucht primär weniger Autos!

Was wir in erster Linie brauchen, ist allerdings nicht mehr elektrobetriebener Individualverkehr, sondern weniger verbrennungsmotorisierten Individualverkehr.

Da die Elektromobilität allerdings noch in den Kinderschuhen steckt und es ja grundsätzlich mal darum geht, mehr Informationen zu haben, werden wir den Vorstoss - es ist ja ein Postulat - unterstützen.

Ulrich Steiner (SVP): Vielen Dank dem Gemeinderat für die umfangreichen Ausführungen zum Postulat.

1. Die SVP bekennt sich zu den Grundsätzen der Nachhaltigkeit in allem staatlichen Handeln in Bezug auf die klassischen Nachhaltigkeitsdimensionen Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft. Sie unterstützt alle Massnahmen, die ein angemessenes Kosten-/Nutzenverhältnis haben. Dabei soll auch das Subsidiaritätsprinzip gelten: Leistungen, welche die Privatwirtschaft oder Private erbringen können, soll der Staat nicht übernehmen.
2. Das Postulat erfüllt diese Minimalanforderungen nicht. Die SVP-Fraktion lehnt daher das vorliegende Postulat ab.

Begründung:

- a. Das Postulat widerspiegelt die Welt im September 2021. Vor einem Jahr konnte man noch ernsthaft über die Utopie von Netto-Null bis 2040 oder 2050 diskutieren. Seit-her hat sich die geopolitische Lage grundlegend geändert. Heute diskutiert man über Stromsparen, Strommangellagen, Notstromanlagen, und drohende flächendeckende Blackouts
- b. Es gibt kein «Grundrecht auf Laden», oder einen Anspruch auf Ladeangebote. Wer ein Auto kauft, ist selbst verantwortlich dafür, dass er es auch betreiben kann.

- c. Der im Postulat geforderte massive Ausbau von Lademöglichkeiten beansprucht den öffentlichen Grund exklusiv (Sondernutzungskonzession für die Blaue Zone an Dritte, reserviert für die Minderheit von E-Auto-Besitzern ohne Ladestation in einer Einstellhalle).
Damit schafft man Anreize, die in der Tendenz zu einer Zunahme statt Abnahme der Anzahl Fahrzeuge führen.
- d. Die Stossrichtung des Postulats geht somit in die falsche Richtung. Für den Gemeinderat hat die weitere Verlagerung des MiV auf den ÖV und den Fuss- und Veloverkehr nach wie vor erste Priorität. Die im Postulat geforderten Massnahmen führen tendenziell zum Erhalt oder Zunahme des MIV.
- e. Die Gemeinde hat mit der räumlichen Entwicklungsstrategie RES, der neuen Ortsplanung und bei der Revision der baurechtlichen Grundordnung genügend Instrumente und Möglichkeiten, um eine nachhaltige Mobilität gezielt zu fördern.
- f. Die Gewährleistung der Stromversorgungssicherheit ist grundsätzlich Sache der Energieunternehmen. Dazu gehört der Ausbau der Infrastruktur, inkl. Lademanagementsysteme soweit erforderlich und möglich.
- g. Woher soll dafür die Energie kommen? Experten prognostizieren, dass mittelfristig ca. 60 % der Fahrzeuge mit elektrischem Antrieb ausgerüstet sind. Der jährliche Strombedarf für das Aufladen der Batterien dieser Fahrzeuge wird auf rund 6.5 TWh geschätzt (entspricht ca. 11 % des heutigen Stromverbrauchs. Zum Vergleich: die heutigen KKW's decken jährlich rund 22 TWh ab.)
- h. Allein zum Betrieb der zukünftig zirkulierenden Stecker-Fahrzeuge müsste somit in der Schweiz in den nächsten 10-20 Jahren die Produktionsleistung eines kleineren KKW zugebaut werden. Diese Investitionen werden in den Wirtschaftlichkeits-Modellrechnungen von E-Autos kaum je eingerechnet.
3. Aktueller Trend: PV-Anlagen:
- a. Heute wird landauf und landab massiv in Photovoltaik investiert. Auch auf unserem Mehrfamilienhaus soll demnächst eine leistungsfähige PV-Anlage installiert werden.

Problematik:

- Wir verstärken damit tendenziell die Instabilitäten im Netz.
- Bei Netzausfall fallen auch alle lokalen PV-Anlagen aus, sofern sie nicht ausdrücklich für Insel- bzw. Notstrombetrieb konzipiert sind.

Wenn aber schon etwas gefördert werden muss, müsste man die Erstellung von lokalen Speichern für Inselbetrieb und Notstromversorgung fördern (Mehrfamilienhäuser bis zu ganzen Quartierteilen), z. B. in der revidierten baurechtlichen Grundordnung.

Fazit

Das vorliegende Postulat ist unnötig, geht in die falsche Richtung und die darin geforderten Massnahmen sind nicht Aufgabe der öffentlichen Hand.

Myriam Zürcher (EVP): Die EVP-Fraktion begrüsst die genauen Abklärungen, welche der Gemeinderat geplant hat.

Wir unterstützen eine klimaneutrale Politik mit Überzeugung. Es braucht hierfür neue Lösungen, Innovation, und es braucht uns alle! Denn bis jetzt sind wir mit den Ressourcen so umgegangen, als würden sie ewig währen. Dem ist nicht so.

Die Antworten sollten auf jeden Fall einen Bezug zum Alltag haben, sind also in der Umsetzung nicht immer nur einfach.

Beim Studieren der Unterlagen kam eine vielleicht etwas naive Frage auf:

Gäbe es evtl. eine Möglichkeit, Solarpaneele auf überdachte Plätze und Velounterstände zu montieren, um so Aufladestationen für E-Bikes/E-Trottinets direkt mit Strom zu beliefern? Vielleicht eine Art "Plug & Play"?

Oder ist diese Idee eher fürs Thema „Solarstrategie“?

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP): Die letzte Frage zur Solarstrategie habe ich noch mitbekommen: ja, sehr gut.

Christian Zeyer (SP): Die Frage der Stabilität: Elektromobilität wird in Zukunft zur Stabilität im Netz beitragen. Die Langsamladestationen haben ein Potenzial, um zur Stabilität beizutragen. In einem Auto sind ca. 50 kW Speicher vorhanden. Das sind rund sechs Mal mehr als in einem Einfamilienhaus. Ein Auto steht rund 90 % still. In dieser Zeit können die Batterien geladen werden.

Die Idee zusätzliche Elektromotoren muss mit einem Modalsplitt angepasst werden. Gleichzeitig ist die Verschiebung der Verbrennungsmotoren zu den Elektromotoren voranzutreiben. Das Pariser Abkommen kann mit der heutigen Verkehrsbelastung nicht erfüllt werden; das ist die Realität. Bereits heute mit relativem schlechtem Strommix können Elektrofahrzeuge besser bewirtschaftet werden.

Die Elektromobilität ist ein Weg zur Lösung der Klimakrise. Die Ladestationen müssen im Interesse der Hauseigentümer attraktiv angeboten werden. Es können jedoch nicht alle Autos in Einstellhallen aufgeladen werden. Hier ist eine gute Planung gefragt. Die Elektromobilität wird uns beschäftigen. Ab dem Jahre 2025 werden die Anschaffungskosten für ein Auto mit Verbrennermotor höher sein als bei einem Elektrofahrzeug.

Ich verlange in meinem Postulat eine rechtzeitige und geschickte Planung.

Ratspräsidentin Sandra Löhrer (Die Mitte): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 24 zu 4 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Das überparteiliche Postulat betreffend "Prüfung der Fördermöglichkeiten für den Ausbau der Elektromobilität" wird erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.

Axioma 1250

142. Orientierungen des Gemeinderates

10.3.74 Interpellationen

a) Überparteiliche Interpellation betreffend Plausibilisierungsfragen zur Finanzstrategie; eingereicht 28.10.2021; verspätete Beantwortung

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Kurz vor den Sommerferien fand mit dem Erstunterzeichner, Christian Zeyer (SP), eine erste Besprechung zum Thema "Finanzstrategie" statt. Eine intelligente Idee des Erstunterzeichners zu den Korrekturfaktoren wurde vom Gemeinderat entgegengenommen.

Wir müssen innert kürzester Zeit grosse Investitionen tätigen (z. B. Schulraumplanung). Die Anliegen wurden den Abteilungsleitenden weitergeleitet. Wir können die Beantwortung der Interpellation heute Abend noch nicht vorlegen. Doch der Vorschlag des Erstunterzeichners ist bereits mehrheitlich in den Finanzplan 2023 - 2030 eingeflossen.

Es ist schade, dass die offizielle Beantwortung nicht mehr in der Amtszeit von Christian Zeyer beantwortet werden kann. Ich hoffe auf dein Verständnis. Die Beantwortung wird an der nächsten GGR-Sitzung erfolgen.

10.3.74 Interpellationen

b) Interpellation betreffend Bundesrat aktiviert Schutzstatus S für Menschen aus der Ukraine - Auswirkungen auf die Gemeinde Ostermündigen; eingereicht 5.5.2022; verspätete Beantwortung

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Die Interpellation wurde im Mai 2022 eingereicht. Eine sofortige Beantwortung wurde nicht vorgenommen. Die Situation resp. die Weiterentwicklung des Ukrainekrieges wurde abgewartet. Die Entwicklung kann bis im Oktober 2022 abgeschätzt werden und die Interpellation soll dann schriftlich beantwortet werden. Die Interpellanten wurden über den Sachverhalt informiert.

Vielen Dank für das Verständnis.

10.3.74 Interpellationen

c) Interpellation betreffend «FussgängerInnen/Verkehrsplanung»; eingereicht 5.5.2022; verspätete Beantwortung

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Auch diese Interpellation hätte nach Zeitplan heute Abend beantwortet werden müssen. Das ist nicht der Fall. Die Beantwortung wird im Oktober vorgenommen.

30.3.22 Sport- und Spielplätze; Freizeitanlagen

d) Sporthalle Forelstrasse; Information über Projekt Dreifachhalle

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP): An der letzten GGR-Sitzung wurden 1,9 Mio. Projektierungskredit bewilligt (inkl. Einstellhalle). In einem Konzept muss die Kostenneutralität aufgezeigt sowie bewirtschaftet werden.

Die Variante "ohne Einstellhalle" sollte ebenfalls geplant und dem Parlament vorgestellt werden. Der Abteilungsleiter Hochbau hat jedoch darauf hingewiesen, dass nicht zwei Varianten gleichzeitig geplant werden können.

Der Ausführungskredit wird inkl. Einstellhalle gerechnet. Das Parlament kann den Bau einer Einstellhalle immer noch ablehnen.

Das Geschäft wird im nächsten Jahr dem GGR zur Kreditgenehmigung vorgelegt.

Ratspräsidentin Sandra Löhner (Die Mitte): Uns liegt ein parlamentarischer Neueingang "Dringliches Postulat A. Tanner (Grüne) betreffend biologische Pflege von Fussballfeldern" zur Beratung vor. Nach einem kurzen Sitzungsunterbruch wird der Gemeinderat über die "Dringlichkeit" entscheiden

Ich verlese den Text des dringlichen Postulates von Adrian Tanner (Grüne):

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, die biologische Pflege von Fussballfeldern zu prüfen.

Axioma 8634
10.3.72 Postulate

143. Dringliches Postulat A. Tanner (Grüne) betreffend biologische Pflege von Fussballfeldern; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, die biologische Pflege von Fussballfeldern zu prüfen.

sig. Adrian Tanner (Grüne)

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP): Der Gemeinderat nimmt das Postulat ohne Dringlichkeit entgegen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Gemäss GO GGR wird das Postulat innerhalb der nächsten zwei GGR-Sitzungen traktandiert.

Persönliche Erklärung

Myriam Zürcher (EVP): Liebe Martina,

Vor 2,5 Jahren bist du für Rahel Wagner in den Grossen Gemeinderat nachgerutscht und bei den letzten Wahlen im Herbst 2020 mit tollem Resultat wiedergewählt worden. Jetzt wirst du aus zeitlichen Gründen etwas von der Front zurücktreten. Eine grössere Priorität wird deine Tochter Lia geniessen, hierfür möchten wir von der EVP-Fraktion dich von Herzen freisetzen.

Für deine wertvolle Arbeit im Grossen Gemeinderat, den Fraktions Sitzungen wie auch sonst für die EVP-Ostermundigen, sagen wir dir von Herzen MERCI TUUSIG.

Für deine Zukunft, sei es im künstlerischen Schaffen, wie auch als Mutter von Lia wünschen Gerhard und ich dir von Herzen nur das Beste.

Wir sagen Tschüss und auf Wiedersehen.

----- **A p p l a u s** -----

Persönliche Erklärung

Kathrin Balmer (SP): Ich habe heute eine aussergewöhnliche Aufgabe: Ich darf ein Ehepaar verabschieden, das zusammen ein Vierteljahrhundert Ostermundiger-GGR auf dem Buckel hat. Die beiden haben also insgesamt etwa 150 Abende oder 450 Stunden an GGR-Sitzungen verbracht. Hinzu kommen nochmals so viele Fraktionssitzungen, Informationsveranstaltungen, Runde Tische - ihr kennt das ja alle.

Liebe Priska,

Ich überblicke nicht deine ganzen 10 Jahre im GGR. Ich weiss aber, dass uns mit deinem Rücktritt sehr viel Wissen - vor allem im Bereich Soziales - verloren gehen wird. Du bist auch ausgezeichnet vernetzt und hast seit rund vier Jahren als (Co-)Fraktionspräsidentin die Arbeit der ganzen Fraktion SP/Grüne/Gewerkschaften massgeblich geprägt. Bei den letzten Wahlen hast du dich voll für die SP ins Zeug gelegt und massgeblich zu unserem Wahlerfolg beigetragen. Mit 2'282 Stimmen hast du von uns allen hier im Saal das beste Ergebnis bei den GGR-Wahlen erzielt.

Lieber Christian,

Deine sage und schreibe 15 Jahre im GGR überblicke ich noch weniger. Deine Erfahrung und dein Know-how in vielen Themen von den Finanzen über Planungsgeschäfte, Verkehrsthemen und Energie werden uns sehr fehlen. Wir hoffen, dass wir dich weiterhin dazu um Rat fragen können.

Im Namen der SP Ostermundigen und der ganzen Fraktion SP/Grüne/Gewerkschaften darf ich euch ein kleines Geschenk überreichen. Ihr habt im Herbst und Winter plötzlich ein paar freie Abende, die nicht mit GGR- oder Fraktionssitzungen verplant sind. Mit dem Geschenk aus dem Gnusslädli wollen wir euch diese Abende versüssen und etwas Sommer-Feeling zurückbringen.

Ganz herzlichen Dank für euer langjähriges Engagement für die Gemeinde!

----- Applaus -----

Ratspräsidentin Sandra Löhner (Die Mitte): Wir sind am Schluss der heutigen Sitzung angekommen. Ich danke allen für das Mitmachen und wünsche noch einen schönen Abend.

Axioma 4944

e) Pendenzenliste des Grossen Gemeinderateso = offen, **e = erledigt**, **ne = offen, sollte erledigt sein**

Ax #	Titel	Start	Ende	Zu- stän- dig	Kommentar	Sta- tus
2103/ 1462	Verwaltungsbericht 2015: Motion betr. Kin- derschutz durch Ver- kehrssicherheit bei der Schule Rüti	25.08.16 18.05.17 28.06.18 27.06.19	31.05.17	ÖS	Abschreibung abgelehnt	ne
2719	Ortsplanungsrevision: O'mundo	15.12.16 03.05.18 06.05.21 23.06.22	31.12.24	PRA	Raumentwicklungswegwei- ser 2025+ (siehe auch www.omundo.ch) wurde am 6.5.21 genehmigt. Kreditab- rechnung erfolgte am 5.5.22 in GGR: Genehmigung Pro- jektierungskredit "Phase 3"	o
3527/ 5167	Informations- + Koordi- nationsstelle 60+	27.06.19	15.12.22	SOZ	Die Ergebnisse werden am 15.12.2022 dem GGR unter- breitet.	o
988	Protokoll Nr. 4 der GGR-Sitzung vom 17.9.2020; Genehmi- gung	17.12.20	31.12.22	PRA	Nur noch ein "Beschlusspro- tokoll" verfassen. Alle Voten als MP3-Datei aufschalten (rechtliche Anpassungen vornehmen!)	o
3453	KOBe; Fusionsverhand- lungen	24.02.22	31.12.22	PRA	Strukturfragen; Kenntnis- nahme und Beschlussfas- sung	e
3718	Neue Sporthalle; Forel- strasse	23.06.22	31.12.23	HB	Genehmigung Projektie- rungskredit	e

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Die Präsidentin:

Der Ratssekretär:

Sandra Löhner

Jürg Kumli

Der Stimmzähler:

Der Stimmzähler:

Thulani Thomann

Markus Truog